



Baden-Württemberg

FINANZMINISTERIUM

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von

Finanzminister Willi Stächele

zur

Einbringung des Staatshaushaltsplans 2010/2011

am

**Donnerstag, 17. Dezember 2009,
in der 82. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg**

„Baden-Württemberg ist eines der wichtigsten Länder in Deutschland. Wenn Baden-Württemberg unabhängig wäre, dann wäre es vermutlich die achtgrößte Volkswirtschaft in Europa. Größer als die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, größer als die Wirtschaften vieler anderer Staaten. Die kämen schon fast in die G8, so eine wichtige Volkswirtschaft ist das.“

So vor wenigen Tagen José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission.

Sein herausragendes Lob gilt einer Region in Europa, die 2 % der Bevölkerung stellt und deren Anteil an der Gesamtfläche 8,1 Promille beträgt. Unser Land, für sich genommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, spielt also in der Champions League.

Das hat mit der Einsatzbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, unseren tatkräftigen und weltoffenen Unternehmen, aber auch mit den richtigen politischen Entscheidungen und zielgerichteten Staatsausgaben zu tun.

Bildung, Forschung, Innere Sicherheit und Infrastruktur waren Schwerpunkte. Zusätzliche Ausgaben wurden mit Wachstum und Steuermehreinnahmen, aber auch mit neuen Schulden finanziert.

Nicht ohne Grund haben wir bei der Forschungsintensität einen weltweit sagenhaften Quotienten von 4,4 % vom Bruttoinlandsprodukt erreicht und lassen somit nicht nur alle Bundesländer, sondern auch führende Industrienationen wie Japan oder USA weit hinter uns.

Auch die überfällige Kehrtwende zum konsolidierten Haushalt haben wir unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Oettinger bereits geschafft und sind sowohl 2008 wie 2009 ohne neue Schulden ausgekommen.

Bis dann der Tag von Lehmann Brothers kam und die Finanz-, Banken- und die folgende Wirtschaftskrise unerbittlich auch Westeuropa erfassten. Jetzt sind unsere Einnahmen in den tiefsten Keller gerutscht: Die Konjunkturbeobachter gehen davon aus, dass 2009 das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg um real 8 % zurückgeht. Der Rückgang wird damit deutlich stärker ausfallen als im gesamten Bundesgebiet mit – 5 %, wie von der Bundesregierung zur November-Steuerschätzung erwartet.

Nach der Steuerschätzung vom November können wir für das Jahr 2009 mit Steuereinnahmen in Höhe von brutto 24,8 Mrd. Euro rechnen, das sind 775 Mio. Euro weniger als im 2. Nachtrag 2009 veranschlagt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt 3,2 Mrd. Euro bzw. 11,4 % brutto und damit so viel wie noch nie in der Geschichte des Landes.

Wir haben jetzt drei Möglichkeiten. Erstens: radikale Ausgabensenkung. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, würden unserer angeschlagenen Wirtschaft den Rest geben.

Gleiches würde gelten, wenn man versuchen würde, über Steuererhöhungen die Einnahmen zu steigern. Abertausende Arbeitsplätze würden vernichtet werden. Und genau das ist es, was wir mit all unseren Kräften verhindern wollen. Wir setzen alles daran, die Konjunktur wieder voll in Fahrt zu bringen und die Arbeitsplätze unserer Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Deshalb bleibt uns als drittes nur der Weg über eine vorübergehende, zeitlich begrenzte Neuverschuldung.

Mehr denn je gilt in diesem Haushalt: Nicht nur das Notwendige, Machbare, vom Wünschenswerten trennen, sondern sich auch auf die Förderung der Konjunktur und damit die Sicherung der Arbeitsplätze konzentrieren.

Bei allen Schwierigkeiten und Problemen, die wir durch die Krise erlitten haben und noch erleiden, haben wir doch auch allen Grund dazu, weiterhin mit großer Zuversicht in die vor uns liegende Zukunft zu blicken.

„Solide Staatsfinanzen, Investitionen in die Zukunft!“. Diese Regel galt im alten Jahrtausend, sie gilt im neuen Jahrtausend, und sie gilt auch in der aktuellen Krise unter deren extremen Rahmenbedingungen.

Rahmenbedingungen: Aktuelle Wirtschaftssituation / Steuereinnahmen als Perspektive 2010

Und wie sehen diese Rahmenbedingungen für die weiteren Monate aus?

Die Talsohle scheint erreicht. Dies untermauern alle Umfragen der namhaften Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute. Die wirtschaftliche

Entwicklung tendiert seit einigen Monaten nach oben. Auch die Exporte ziehen wieder an, wenngleich im Anschluss an einen starken Rückgang. Die Konjunkturindikatoren signalisieren überwiegend positive Geschäftserwartungen. Die Bundesregierung ging bei der November-Steuerschätzung für 2010 von einem BIP-Zuwachs von + 1,2 % aus, der Sachverständigenrat erwartet sogar + 1,6 %.

Dennoch sage ich: Geben wir nicht vorschnell Entwarnung! Wir sind noch lange nicht über den Berg, der konjunkturelle Aufschwung ist noch nicht ausreichend gefestigt. Und bei einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung werden wir aus heutiger Sicht erst im Jahre 2013 wieder das Niveau des realen BIP aus dem Jahr 2008 erreicht haben.

Das gilt allerdings so nicht für die Steuereinnahmen. Sie werden sich erst zeitlich verzögert erholen. Das Delta zwischen den Ausgaben und den Einnahmen bleibt lange bestehen. Dieses Delta wird uns noch lange zu schaffen machen.

Es kann – das hoffen wir alle inständig – reduziert werden durch selbsttragendes Wachstum. Es wird aber in jedem Fall reduziert werden müssen. Es bleibt unsere Pflicht zur Haushaltskonsolidierung, die Verpflichtung, Schulden zu tilgen, und die Schuldenbremse einzuhalten.

In der aktuellen Krise profitieren wir von den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre und der Verlängerung der Kurzarbeiterregelung. Dadurch wird es weiterhin vielen Unternehmen ermöglicht, Entlassungen zu vermeiden und ihre Fachkräfte trotz derzeit schwieriger Lage zu halten. Insoweit sind die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt gegenüber früheren Rezessionen deutlich besser.

Internationale Beobachter loben nicht nur die deutsche Arbeitsmarktpolitik, sondern auch das rasche und gezielte Gegensteuern über die beiden Konjunkturprogramme der Jahre 2008 und 2009. Dadurch ist der Rückgang der Realwirtschaft in Deutschland deutlich abgebremst und die Grundlage für einen relativ raschen Aufwärtstrend gelegt worden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch allen Unternehmen und öffentlichen Stellen im Land danken, die zu der vorbildlichen Umsetzung der Konjunkturprogramme in Baden-Württemberg beitragen.

Im Rahmen beider Konjunkturprogramme werden damit mehr als 5 600 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von gut 2,35 Mrd. Euro umgesetzt. Baden-Württemberg kommt bei der Umsetzung von ZIP und LIP plangemäß und zügig voran und wird auch in den Jahren 2010/2011 die Realisation beider Programme erfolgreich fortsetzen.

Für 2010 müssen wir, trotz eines zu erwartenden leichten Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Leistung, mit einem erneuten Steuerrückgang rechnen. Die Brutto-Steuereinnahmen werden sich nach der Steuerschätzung auf 23,4 Mrd. Euro belaufen und damit um 5,7 % unter dem ohnehin schon sehr niedrigen Ergebnis für 2009 liegen.

Die Netto-Steuereinnahmen werden danach 18,6 Mrd. Euro betragen, 2,3 % weniger als für 2009 erwartet. Die Steuerdeckungsquote des Haushalts 2010 liegt nur noch bei historisch niedrigen 67 % gegenüber 81 % in 2008, der niedrigste Wert seit 35 Jahren. Die Differenz von 14 % entspricht rund 4,9 Mrd. Euro, die uns jetzt fehlen.

Für 2011 können wir mit Steuereinnahmen von brutto 23,8 Mrd. Euro rechnen, das sind etwa 1,8 % mehr als für 2010 erwartet. Unter Berücksichtigung der Ausgleichssysteme verbleiben danach 18,8 Mrd. Euro und damit gerade mal 1,2 % mehr als der Tiefstand von 2010.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Rahmendaten für den Staatshaushaltsentwurf 2010/2011, den ich Ihnen heute vorlege. Es ist eine Finanzwirklichkeit, die uns alle herausfordert!

Haushalt 2010/2011

Der Haushalt 2010/2011 ist ein Konjunkturhaushalt, ja er muss ein Konjunkturhaushalt sein. Er stellt eine Reaktion auf die mit Abstand stärkste Rezession der Nachkriegsgeschichte dar.

Ja, wir müssen nach zwei Jahren ohne neue Schulden jetzt wieder an den Kapitalmarkt. Das ist alternativlos. Die schuldenfreien Jahre 2008/2009 haben im Lichte dieser Entwicklung noch mehr Bedeutung und Entlastungswirkung.

Zu Recht haben wir zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs die Steuerschätzung im November abgewartet. Dadurch konnten wir dem Entwurf eine deutlich höhere

Solidität geben. Die parlamentarische Beratung erfolgt damit auf der Grundlage höchstmöglicher Aktualität und Klarheit. Und dennoch erfolgt heute, wie auch in den vergangenen Jahren, die Einbringung noch im Dezember.

Berlin wird uns weitere Veränderungen bescheren. Die Eckdaten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind bekannt, aber bis in die heutigen Abendstunden wird verhandelt. Nach jetzigem Stand sind es 170 Mio. Euro für 2010 und 270 Mio. Euro für 2011, die in diesen Haushalt eingearbeitet werden müssten. Sobald Endgültiges feststeht, werden wir im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens abschließende Klarheit schaffen (lassen Sie sich auch von unserem Koalitionspartner überraschen, der meist erst beim Dreikönigstreffen seinen letzten Joker zieht).

Die Opposition dagegen scheint angesichts der vielen Zahlen bereits jetzt überfordert. Erst heißt es bei der SPD, die zusätzliche Belastung für den Haushalt belaufe sich für 2010 und 2011 auf zusammen über 670 Millionen Euro, kurze Zeit später sollen es dann schon mehr als 1,2 Milliarden sein. Wir sollten alle erst einmal abwarten, was schlussendlich beschlossen wird. Unter den aktuell gegebenen Umständen rechnen wir mit einer Belastung von insgesamt unter 500 Mio. Euro für beide Haushaltsjahre.

Einhaltung der Schuldenbegrenzungsregeln

Verfassungsrechtliche Regeln gemäß Art. 84 LV

Trotz der gesamtwirtschaftlich schwierigen Situation und den gravierenden Folgen für den Landeshaushalt liegt die erforderliche Neuverschuldung 2010 i.H.v. 2,6 Mrd. Euro im vorgelegten Entwurf unterhalb der Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen (rd. 2,7 Mrd. Euro). In 2011 ist dies mit einer Nettokreditaufnahme von 2,0 Mrd. Euro und Investitionen i.H.v. 2,4 Mrd. Euro ebenfalls gewährleistet.

Damit wird die nach Art. 84 Landesverfassung zulässige Kredit-Obergrenze eingehalten, ohne dass Ausnahmetatbestände bemüht werden müssten, was in der aktuellen Wirtschaftssituation kein Problem wäre.

In den alten Bundesländern gelingt dies neben Baden-Württemberg voraussichtlich nur dem Freistaat Bayern.

Einhaltung der Schuldenbegrenzungsregel gemäß § 18 LHO

Auch die im Jahr 2007 in die Landeshaushaltsordnung aufgenommene Schuldenbegrenzungsregelung des § 18 Landeshaushaltsordnung halten wir ein. Die in § 18 Abs. 3 LHO beschriebenen, besonderen Ausnahmesituationen, bei denen eine Kreditaufnahme zulässig ist, sind gegeben.

Zum Einen beträgt der Rückgang der Steuereinnahmen deutlich mehr als 1 % gegenüber dem Vorjahr: 2009 gegenüber 2008: - 11,4 % und 2010 gegenüber 2009: - 5,7 %.

Zum Anderen stellen die Schwere und die Folgen der Wirtschaftskrise eine in § 18 Abs. 3 LHO beschriebene Notsituation dar, die eine Kreditaufnahme ausnahmsweise zulässt.

Schwerpunktbereiche

Bei der Aufstellung des Haushalts mussten wir entscheiden, wo wir unsere Kräfte konzentrieren. Ich habe dazu in den letzten Tagen eine Vielzahl von Vorschlägen lesen dürfen:

So erinnerte vor einigen Tagen seine Exzellenz, Herr Erzbischof Zollitsch, daran, mehr für die Privatschulförderung zu tun. Der Bundespräsident fordert zusätzliche Investitionen im Hochschulbereich. Prof. Dr. Franz vom ZEW betont, dass man mehr für Aus- und Weiterbildung tun sollte, und der Präsident des Rechnungshofs weist auf einen Nachholbedarf bei der Sanierung von Landesstraßen hin.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben sich ja auch schon – und nicht gerade zurückhaltend – dazu geäußert, wo man weiteres Geld geben müsste.

Finanzpolitik, sagt Manfred Rommel, das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

Da wir aber die begrenzten Mittel nur einmal ausgeben können, setzen wir sie gezielt in den richtigen Schwerpunkten ein:

Schulen / Bildung

Die von der Landesregierung 2008 zugesagte Qualitätsoffensive Bildung führen wir ohne jeden Abstrich weiter. Bis einschließlich 2012 528 Mio. Euro zusätzliche Bildungsausgaben! Für den Haushalt 2010/2011 heißt dies: Trotz anhaltend rückläufiger Schülerzahlen sind in beiden Haushaltsjahren jeweils zusätzliche Personal- und Sachmittel im Wert von über 1 000 Lehrerdeputaten im Haushalt veranschlagt. Damit werden wir in erster Linie den Klassenteiler – wie geplant – weiter absenken und damit unsere seit Jahren hervorragende Schüler-/Lehrerrelation nochmals deutlich verbessern.

Zusätzliche Ausgaben gibt es aber nicht nur im öffentlichen Schulwesen. Für die Privatschulförderung schafft der Haushaltsentwurf die finanzielle Ermächtigung, ab dem Schuljahr 2010 den Kostendeckungsgrad wieder auf einen Mindestsatz von 70,5 % anzuheben. Wir haben für die Privatschulen insgesamt 80 Mio. Euro eingeplant. Damit haben wir seit 2003 eine Steigerung um 257 Mio. Euro bzw. 54 % geschafft.

Gesamtetat: Konjunkturprogramme (ZIP und LIP)

Baden-Württemberg stehen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes rund 1,24 Mrd. Euro für Investitionen von Land und Kommunen zur Verfügung. Aktuell konnten insgesamt 1,08 Mrd. Euro bzw. 87 % der Bundesmittel bewilligt werden, bei den Pauschalmitteln für Bildung und Infrastruktur sind schon seit Wochen über 99 % bewilligt.

Dieses Spitzenergebnis zeigt, dass sich das vereinbarte Verfahren, den Kommunen den Großteil der Bundesmittel als Budget zur Verfügung zu stellen, in der Praxis voll bewährt hat. Es ist zudem ein Beleg für die große Leistungsfähigkeit der Kommunen und zuständigen Behörden im Land.

Bauhaushalt

Der Werterhalt und die Modernisierung der landeseigenen Gebäude, insbesondere nach energetischen Standards, bleibt eines der wichtigen Ziele der Landesregierung. 315 Mio. EUR sind hierfür vorgesehen.

Der Ausbau der Universitäten, Universitätskliniken und Hochschulen stellt mit rd. 160 Mio. EUR einen weiteren Investitionsschwerpunkt dar. Wir bereiten den Boden für zukunftsorientierte Forschungsfelder und Schlüsseltechnologien und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg.

Innere Sicherheit

Dieser Doppelhaushalt ist auch ein klares Bekenntnis zu einer starken und leistungsfähigen Polizei.

Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode 1 400 Hebungen im mittleren Dienst versprochen. Wir haben auch zugesagt, bis 2011 den Anteil des gehobenen Dienstes auf 55 % zu erhöhen. Beides werden wir mit diesem Doppelhaushalt erreichen.

Gleichzeitig führen wir den Einstellungskorridor für die Polizei fort. Das heißt, dass auch 2010 und 2011 jeweils 800 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wir stellen damit mehr Anwärter ein, als wir für den Ersatz ausscheidender Beamter benötigen. Das ist ein wichtiger Beitrag mit Blick auf die Altersstruktur und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Polizei.

Verkehr / Infrastruktur

Baden-Württemberg ist und bleibt auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Auch in finanziell schwieriger Zeit ist es unsere Aufgabe, die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von Stuttgart nach Ulm sind in den Haushalt eingeplant. Das ist ein klares Bekenntnis zu diesem Zukunftsprojekt – ein Superkonjunkturprogramm: mit 60 Mio. Euro des Landes in 2010 und 90 Mio. Euro in 2011 befördern wir die ersten Aufträge zur baulichen Umsetzung.

Die Mittel für den Landesstraßenbau haben wir gegenüber 2009 sogar weiter aufgestockt. Die Erhaltung wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt sein. Für 2010/2011 stehen insgesamt 310 Mio. Euro zur Verfügung.

Wissenschaft und Forschung

Den Solidarpakt II für unsere bundesweit führende Hochschullandschaft führen wir ohne Abstriche fort. Mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ gewährleistet die Landesregierung die Schaffung von 16 000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Dafür stehen in 2010 113 Mio. und in 2011 weitere 120 Mio. Euro bereit.

Die Umsetzung der Empfehlungen des Innovationsrates lassen wir uns weitere 30,5 Mio. Euro kosten.

Elektromobilität

Die Landesregierung wird außerdem mit einer "Landesinitiative Elektromobilität" den Technologie- und Strukturwandel im Fahrzeugbau aktiv begleiten und unterstützen.

Wir werden eine Landesagentur als Koordinierungsstelle für alle Aktivitäten auf diesem Gebiet einrichten. Wir stellen Mittel für den Aufbau und Ausbau der Forschungsinfrastruktur zur Verfügung und wollen damit wichtige Projekte fördern, um die Zukunft des Fahrzeugbaus im Land nachhaltig zu sichern.

Finanzbeziehungen Land / Kommunen

In guter Tradition haben Land und Kommunen in den letzten Wochen ihre Finanzbeziehungen besprochen. In partnerschaftlicher Atmosphäre haben wir uns verständigt:

Die bis zum Jahr 2010 vereinbarte Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen wird um ein Jahr auf das Jahr 2011 verlängert. Dadurch wird der Haushalt im Jahr 2011 um 405 Mio. Euro entlastet.

Teil der Vereinbarung war auch die Verbesserung des Personalschlüssels in den unterschiedlichen Betriebsformen der Kindergärten mit jährlichen Gesamtkosten in Höhe von 200 Mio. Euro im Endausbau, von den das Land 133 Mio. Euro übernimmt. Dazu kommt die Qualifizierung des pädagogischen Personals, die das Land ebenfalls im Endausbau mit 10 Mio. Euro unterstützt. Wir setzen dies durch eine

Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs zugunsten des Kindergartenlastenausgleichs um.

Die hierfür notwendigen gesetzlichen Regelungen wird die Landesregierung dem Landtag im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes zur Beratung vorlegen.

Haushaltskonsolidierung weiterhin oberste Priorität

Schon diese wenigen Beispiele zeigen die klare Ausrichtung des Haushaltsentwurfs: Konjunkturbedingte Arbeitsplatzsicherung, dafür notwendige Ausgaben und Schulden müssen mit der Zukunftsfähigkeit des Landes und damit auch mit der Zukunft der Kinder, die diese Schulden alle abtragen müssen, untrennbar verbunden sein. Nichts darf nur dem aktuellen Besitzstand, sondern alles muss wirklich den Zukunftschancen dienen.

Auch wenn Milliardenbeträge die Runde machen und der Bund mit seinem Haushaltsentwurf von den ursprünglich geplanten 60 Milliarden neuen Schulden die 100 Milliarden-Marke erreicht – wir müssen jeden einzelnen Euro neuer Schulden verantworten können.

Im Ländervergleich stehen wir nach wie vor gut da. Hessen muss z.B. mit fast 3,4 Mrd. Euro in 2010 deutlich mehr Schulden aufnehmen als wir und plant für 2011 mit weiteren 3,1 Mrd. Euro Kredit.

Rheinland-Pfalz, das weniger als 40 Prozent unserer Bevölkerung aufweist, nimmt mit über 2,3 Mrd. Euro in 2010 beinahe so viel neue Schulden auf wie Baden-Württemberg. Wenn ich diese Maßstäbe anlegen würde, hätte ich für das nächste Jahr 6,2 Mrd. Euro neue Verschuldung erklären müssen und könnte jetzt noch über 3,6 Mrd. Euro verteilen.

Nein, dies ist weder Genugtuung noch Reinwaschung.

Da stecken Zeitbomben drin: Ein Anstieg beim Zinssatz um 1 % kostet uns mittelfristig 400 Mio. Euro mehr Zinsen. Ganz zu schweigen von der Generationengerechtigkeit, die an die Grenze der Belastbarkeit kommt.

Es darf wirklich nur derjenige die Hand zur Billigung der Neuverschuldung heben, der sich der neuen grundgesetzlichen Schuldenbremse bewusst ist. Mit der Zustimmung

zum Haushalt muss sich jeder bereit erklären, nach der Überwindung der Krise eine radikale Kehrtwende einzuleiten.

Diese Kehrtwende wird es nicht zum Nulltarif geben. Ein solides Wirtschaftswachstum ist das eine; schmerzliche Ausgabekürzungen müssen hinzutreten, um den Haushalt wieder ins Lot zu bringen.

Schluss

Wir geben mit diesem Haushaltsentwurf ganz bestimmt die richtige politische Antwort auf die aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderung, die notwendige Sicherung von Arbeitsplätzen - zufrieden dürfen wir aber nicht sein!

Berater und Sachverständige gibt es viele, aber nur wir, die Entscheider, werden zur Verantwortung gezogen!

Mit diesem Haushalt zur Sicherung der Arbeitsplätze muss eine offensive Diskussion über das „Danach“ beginnen. Jeder Haushaltstitel muss sich der Frage stellen: „Werden damit Forschung und Innovationen für die Arbeitsplätze in 2020 und danach gesichert?“

Gerne werde ich schon am Tage nach der Verabschiedung des Haushalts meinen Beitrag leisten und die Beliebtheit des Finanzministers unter Null halten. Ich lade Sie ein zum Mittun. Schon die Parlamentarische Beratung muss jedem Baden-Württemberger den Blick für die Sondersituation, aber auch den Weg danach öffnen.